

16. Landtag von Baden-Württemberg, 143. Sitzung

Donnerstag, 04. Februar 2021, 09:30 Uhr

Rede

Sprecher für Finanzpolitik

Tobias Wald MdL

Zur

Aktuelle Debatte

Nachhaltig und krisenfest- Finanzpolitik mit Weitblick für ein starkes Baden-Württemberg

Es gilt das gesprochene Wort.

Tobias Wald MdL:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Die letzte Aktuelle Debatte in dieser Legislaturperiode steht ganz im Zeichen von Haushalt und Finanzen. Wir sind bislang gut durch die Coronapandemie gekommen, weil wir in dieser Legislaturperiode solide und verantwortungsvoll gewirtschaftet haben. Wir stehen mitten in der größten Krise unseres Landes gut da, weil wir generationengerecht und klug gehandelt haben. Wir werden gut und gestärkt aus der Coronakrise kommen, weil wir vorausschauend und zukunftsfähig agiert haben. Das ist für mich eine nachhaltige und krisenfeste Finanzpolitik. Der Staat – das gilt für alle staatlichen Ebenen – hatte vor der Krise sicherlich kein Einnahmeproblem. Die Steuereinnahmen waren bis zu dem Zeitpunkt in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Dafür an dieser Stelle allen Steuerzahlern ein herzliches Dankeschön.

In diesen guten Jahren haben wir neben Investitionen in die Zukunft unseres Landes auch die Sanierung und die Konsolidierung in den Fokus genommen. Mit insgesamt rund 6,5 Milliarden € haben wir die Verschuldung unseres Landes abgebaut: Tilgung von Kreditmarktschulden, Ablösung noch bestehender Kreditermächtigungen, kommunaler Sanierungsfonds, Aufstockung der Versorgungsrücklage, Tilgung von Verbindlichkeiten bei Landesunternehmen, Sanierung der Uniklinika, Sanierung bei Landesliegenschaften. Zugleich haben wir die Vorsorge für schlechtere Zeiten über die Haushaltsrisiken Rücklage geschaffen. Diese war eine wertvolle Grundlage, um die Coronapandemie und deren wirtschaftlichen Folgen zu bekämpfen. Außerdem haben wir die grundgesetzliche Schuldenbremse in der Landesverfassung verankert, für mich ein Meilenstein in der Geschichte von Baden-Württemberg. Das ist für mich solide und verantwortungsvolle Finanzpolitik. Das Gesetzblatt bezüglich der Schuldenbremse war gerade gedruckt, da kam das Unheil Corona über unser Land. Die Coronapandemie hat die Finanz- und Haushaltspolitik unseres Landes vor neue und große Herausforderungen gestellt. Während der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 stand die damalige CDU-geführte Landesregierung vor ähnlichen Situationen und Herausforderungen mit einem großen Unterschied: Die Steuereinnahmen lagen damals nicht auf dem Niveau von heute. Damals haben unsere Vorgänger – viele von ihnen sind auch heute noch im Parlament – die Krise gut gemeistert, und wir werden die jetzige Krise zusammen auch gut meistern.

Unter der Prämisse der schwersten Krise in der Geschichte unseres Landes haben wir grundlegende und tiefgreifende Entscheidungen getroffen. Wir stehen zu unserer Verantwortung für unser Land, unserer Bürgerinnen und Bürger sowie unserer Kommunen und unserer Wirtschaft. Bereits im letzten März haben wir zu Beginn der Pandemie auf Initiative meiner Fraktion hier im Plenum mit dem ersten Nachtrag eine Kreditaufnahme beschlossen. Aufbauend auf der vorhandenen Rücklage war es damit möglich, schnell und unkompliziert richtige und wichtige Entscheidungen zur Bekämpfung der Coronapandemie zu ergreifen, u. a. die Soforthilfe für unsere Unternehmen. Mit der weiteren Kreditaufnahme aus dem zweiten Nachtrag wurde die Rücklage weiter gestärkt und der kommunale Stabilisations- und Zukunftspakt finanziert. Zusammen mit den Leistungen des Bundes wurden die baden-württembergischen Kommunen mit rund 4,3 Milliarden € in der Krise gestützt. Der Anteil des Landes dabei beläuft sich auf rund 2,9 Milliarden €. Vom Umfang her dürfte dies das größte Rettungspaket in der ganzen Republik für unsere Kommunen sein.

Die nach der Schuldenbremse wegen der Naturkatastrophe aufgenommenen Kredite werden wir in einem Zeitraum von 25 Jahren zurückführen. Das ist für mich eine generationengerechte und kluge Finanzpolitik. Außerdem haben wir das Investitionsprogramm „Zukunftsland Baden-Württemberg: stärker aus der Krise“ im Umfang von 1,2 Milliarden € aufgelegt. Mit Zukunftsthemen und Technologien von morgen machen wir den nächsten Schritt bei der Krisenbekämpfung und der Zukunftssicherung. Das ist für mich vorausschauende und zukunftsfähige Finanzpolitik. Meine Damen und Herren, auf der Wegstrecke aus der Pandemie brauchen wir im Frühjahr dieses Jahres einen Kassensturz. Wir müssen zunächst verlässlich wissen, welche finanziellen Spielräume vorhanden sind und wie sich der haushaltswirtschaftliche Handlungsbedarf für die kommenden Jahre dann konkret darstellen wird. An der Schuldenbremse werden wir als CDU-Landtagsfraktion selbstverständlich konsequent festhalten. Diese hat sich in der Coronapandemie bewährt, und daran möchten wir festhalten. Ein Aufweichen der Schuldenbremse wird es mit der CDU nicht geben.

Ebenfalls lehnen wir Steuererhöhungen zur Finanzierung der Pandemie ab. Dies wäre zum jetzigen Zeitpunkt kontraproduktiv und absolut schädlich. Wir müssen die haushaltswirtschaftlichen Lücken klug bis zum Ansteigen der Steuereinnahmen auf das vorherige Niveau schließen. Ohne ein sinnvolles Sparen wird es nicht gehen, aber es darf auch kein Kaputtsparen geben. Zugleich müssen wir die vorhandenen Spielräume für die gezielten Maßnahmen einsetzen, um die Konjunktur zu stimulieren und die Wirtschaft anzukurbeln. Das Wachstum unserer Wirtschaft ist enorm wichtig für die Zukunft von Baden-Württemberg; denn nur so können die Arbeitsplätze gesichert und die Steuereinnahmen generiert werden. In diesen liegt der Schlüssel zum Erfolg, um gestärkt aus der Krise zu kommen. Das ist unser Weg.

Neben der Wirtschaft müssen wir dabei auch zugleich unseren Kommunen weiter als starker und verlässlicher Partner zur Seite stehen. Wir wollen die Kommunen auch weiterhin finanziell unterstützen, insbesondere die Familien in der Krise entlasten. Dafür bieten wir ein freiwilliges Familienentlastungspaket an. Dieses umfasst neben dem Bereich der Kinderbetreuung auch den ÖPNV. Das ist wichtig.

Wir dürfen bei allen Hilfen und aller Unterstützung aber auch keinen Sand in die Augen streuen: Der Bund und die Länder können der Wirtschaft nicht jeden entgangenen Umsatz ersetzen. Ferner können wir den Kommunen nicht sämtliche Mindereinnahmen und Mehrausgaben erstatten. Das wäre fernab jeglicher Realität.

Wir müssen auch weiterhin alles daransetzen, um möglichst gut durch diese schwere Krise zu kommen. Der Fokus liegt dabei insbesondere auf dem Gesundheitssystem. In den Blick genommen werden muss dabei aber auch, wie wir die Wirtschaft bei ihrem Weg durch und aus der Krise weiter unterstützen und den Kommunen helfend zur Seite stehen können. Wir werden den Weg durch die Krise und aus der Krise gemeinsam meistern. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen, meine Damen und Herren.

Gern möchte ich in der letzten Runde in dieser Legislaturperiode zum Thema „Finanzen und Haushalt“ die Gelegenheit nutzen, um ein herzliches „Danke“ zu sagen. Danken darf ich allen Kolleginnen und Kollegen im Finanzausschuss, allen voran unserem bewährten Vorsitzenden, der die Sitzungen immer speditiv geführt hat, Herrn Rainer Stickelberger. Herzlichen Dank.

Danken darf ich auch den im Landtag mit dem Finanzausschuss betrauten Personen, Frau von Garnier und Volker Dammer. Danken darf ich aber auch dem Rechnungshof für die stets konstruktive und kritische Begleitung, Herrn Präsident Günther Benz und seinen Senatsmitgliedern. Danken darf ich den Beschäftigten der Ministerien, der Verwaltung, namentlich dem Finanzministerium mit seiner Finanz- und Steuerverwaltung.

Danken darf ich aber auch unserer Finanzstaatssekretärin Gisela Splett und unserer Finanzministerin Edith Sitzmann für die gute, konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Herzlichen Dank.